



## Evonik: Keksdosen gegen Spione

Evonik lässt seine Manager bei vertraulichen Gesprächen ihre Handys in Blechdosen packen. Das schreibt die Wirtschaftswoche unter Berufung auf Spionage-Abwehrchef Andreas Blume. Die Dose schützt im Konferenzraum gegen Lauschangriffe, die auch bei ausgeschalteten Handys möglich seien.

## »Eine Bank kann nicht einfach auf Forderungen verzichten«

Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Deutscher Banken, zur Beteiligung an der Griechenland-Rettung

## Heute vor 25 Jahren

An vorderster Front kämpft **NRW-Arbeitsminister Hermann Heinemann** (SPD) gegen „Wildwuchs“ **ungesetzlicher Überstunden**. Als Chef der Dortmunder Westfalenhallen ließe er indes tausende von Überstunden zu. Der Betriebsrat schaltete das **Gewerbeaufsichtsamt** ein.

WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU

## Noch fehlt eine Mehrheit im Land für WestLB-Plan

Tobias Blasius

**Düsseldorf.** Der zwischen Bund, Land und Sparkassen ausgehandelte Abwicklungsplan für die WestLB stößt im Landtag auf Skepsis. Die rot-grüne Minderheitsregierung muss offenbar um die dringende benötigte Parlamentsmehrheit für die Zerschlagung der Landesbank kämpfen.

Vor allem die Zukunft der rund 4500 Mitarbeiter wirft Fragen auf. „Wir werden das Ergebnis der Gespräche genau anschauen und detaillierte Informationen verlangen. Eine wichtige Frage ist für uns, was mit der Mehrzahl der Beschäftigten geschieht“, sagte Linke-Fraktionschef Wolfgang Zimmermann der WAZ.

CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann bezeichnete es dagegen im „Spiegel“ als „Aberwitz“, dass Abfindungen und Altersversorgung für Tausende Mitarbeiter der WestLB beim Land und den Steuerzahlern abgeladen werden sollen. Ähnlich hatte sich FDP-Fraktionschef Gerhard Papke eingelassen. Die Landesregierung will heute offiziell über den Abwicklungsplan informieren. Schon Mitte der Woche könnte eine Abstimmung hierzu im Landtag anstehen.

## Ferrostaal soll 177 Millionen Euro zahlen

**Essen.** Die juristische Schlacht um Ferrostaal geht in die nächste Runde: Wegen der Korruptionsaffäre um den Verkauf von vier U-Booten an Griechenland soll der Essener Industriekonzern 177 Millionen Euro Strafe zahlen. Das sei das Ergebnis eines Gesprächs zwischen Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidigern, so „Der Spiegel“. Die Parteien hätten nun zwei Monate Zeit, den Deal zu überdenken. Ferrostaal wollte den Bericht nicht kommentieren.

Zwischenzeitlich stand eine noch höhere Forderung der Staatsanwälte im Raum: 277 Millionen Euro. Der Deal würde die Ermittler angeblich vor einer möglichen Pleite vor Gericht bewahren. Die Staatsanwälte hatten zwar fragwürdige Zahlungen in zweistelliger Millionenhöhe festgestellt, doch offenbar konnten keine Beweise für Bestechungszahlungen an griechische Amtsträger ermittelt werden. **ulf**

## GEMISCHTWAREN

### Nicht mehr als 26 Grad

Es soll heißen werden heute, über 30 Grad. Dazu weiß die Arbeitsstättenverordnung, § 5, dass die Temperatur in Büros nicht über 26 Grad steigen soll. Einklagbar ist diese Richtlinie aber nicht.

### Je heißer, desto trockener

Selbst die Luftfeuchtigkeit ist – theoretisch – geregelt. Sie soll bei einer Temperatur von 20 Grad nicht über 80 Prozent steigen, bei 26 Grad nicht über 55 Prozent.

Nordrhein-Westfalens DGB-Chef Andreas Meyer-Lauber im Gespräch mit der WR über Schulgesetz, Energiewende und Tariftreue

# „Limits sind längst unterschritten“

Marc-André Podgornik  
Jens Helmecke

**Wirtschaftsverbände und die FDP klagen, das Tariftreuegesetz sei wirtschaftsfeindlich und benachteilige besonders kleine und mittelständische Unternehmen. Ist die Kritik gerechtfertigt?**

Meyer-Lauber: Nein, diese Vorwürfe sind haltlos. Viele Betriebe befürworten das geplante Gesetz sogar, weil durch den Mindestlohn von 8,62 Euro die „schmutzige Konkurrenz“ ausgeschaltet wird. Das bedeutet, dass künftig für alle Bewerber die gleichen Bedingungen gelten und kein Unternehmen mit Lohndumpingpreisen alle redlich arbeitenden Mitbewerber ausstechen kann. Der Mindestlohn wird dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer mehr Geld in der Tasche haben und so, durch die Steuern, natürlich auch der Staat profitiert.

**Aber für kleine Unternehmen bedeutet das Gesetz doch einen zusätzlichen bürokratischen Aufwand, ist das nicht abschreckend?**

So groß ist der zusätzliche Aufwand gar nicht. Es gibt doch heute schon Vergabeverfahren und auch die ILO-Standards sind geltendes Recht. Neu ist nur, dass die Betriebe durch ein Präqualifizierungsverfahren müssen. Dieses gilt dann aber für mehrere Jahre.

**Aber die Aufträge könnten teurer werden und so gerade die finanzschwachen Kommunen in noch größere Probleme treiben.**

Uns ist klar, dass viele Kommunen unter großem Finanzdruck stehen. Aber das billigste Unternehmen ist ja nicht immer das bessere. Solide arbeitende Firmen können dem Auftraggeber mehr Sicherheit geben. Gute Arbeit rechnet sich, weil die Qualität der Arbeit und der Produkte besser ist. Im Übrigen zahlt sich das Tariftreuegesetz auch für die Kommunen aus. Sie müssen weniger Sozialleistungen aufbringen, wenn die Arbeitnehmer mehr verdienen.

**Wieso gerade 8,62 Euro als Mindestlohn?**

Das ist der niedrigste Tarif für Landesbedienstete, der ab dem 1. Januar 2012, wenn das Gesetz in Kraft tritt, gezahlt wird. Ein bisschen mehr als in Berlin, wo 7,50 Euro gelten. In der Bundeshauptstadt ist Tariftreue schon lange Alltag.



DGB-Landeschef Andreas Meyer-Lauber war zu Gast in der WR-Redaktion.

Foto: Franz Luthe

und dort würde sich heute kein größeres Unternehmen mehr trauen, unter diesem Standard zu entlohnen.

**Das heißt, Sie hoffen auf eine Signalwirkung von der öffentlichen Hand auf die Privatwirtschaft?**

Ja, beim Tariftreuegesetz geht es doch auch um die systemische Wirkung, um Lohndrückerei aus der Arbeitswelt zu bekommen, nachdem die Bundesregierung beim Mindestlohn keinen Zentimeter weiter gekommen ist.

**Noch ein Thema, bei dem es nicht vorangeht. Die NRW-Schulpolitik. Hat die Landesregierung bei der Einführung der Gemeinschaftsschulen vorschnell gehandelt? Jetzt muss sie einen Genehmigungsstopp aussprechen.**

Das kann man so nicht sagen. Eher ist die Begründung des OVG-Münster sehr eigenartig. Die Richter haben verkürzt gesagt: Die Gemeinschaftsschule ist die Lösung der Probleme im Schulsystem, darum braucht sie nicht mehr

ausprobiert werden, sondern muss ins Schulgesetz. Die Landesregierung muss jetzt eine schnelle Änderung des Schulgesetzes anstreben, damit die Entwicklung nicht blockiert wird. Das hätte jedoch nach einem Jahr Regierung auch schon passiert sein können.

**Die CDU-Landesführung hat alle Gespräche zum sogenannten Schulfrieden abgebrochen und gerät parteiintern unter Druck. Wie kann sie da wieder rauskommen?**

Ich kann der CDU nur drin-

## ZUR PERSON

### Schneider-Nachfolger

■ Andreas Meyer-Lauber ist seit September 2010 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in NRW. Der 58-jährige Hagener war zuvor Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Wie sein Vorgänger Guntram Schneider, heute NRW-Arbeitsminister, ist Meyer-Lauber SPD-Mitglied.

gend raten, die Gespräche wieder aufzunehmen und die Sandkastenspielen zu beenden. Die Regierung sollte ihr weiter die Hand reichen. Die Anerkennung der von der CDU vorgeschlagenen Verbundschule könnte helfen, dass die CDU ihr Gesicht wahren und es gleichzeitig zum Schulfrieden kommen kann. Die CDU muss sich endlich am Elternwillen orientieren.

**Ist die Gemeinschaftsschule die Lösung unserer Schulprobleme?**

Es gibt keine Alternative und für NRW ist sie eine gute Möglichkeit, das Gift der frühen Auslese in den Schulen zurückzunehmen, den demografischen Herausforderungen zu begegnen und die Modernisierung des Schulsystems voranzutreiben. Die Gemeinschaftsschule stärkt die bestehenden Oberstufen an Gesamtschulen, Gymnasien und Berufskollegs. Das ist auch sinnvoll, weil wir mehr junge Menschen mit höheren Schulabschlüssen brauchen. Die Regierung sollte aber nicht den

Fehler machen, eine Schulform in der Verfassung festzuschreiben, das führt letztendlich zu Politikblockaden.

**Eine Blockade in Berlin scheint vorbei zu sein. Die Bundesregierung bezieht sich gerade sehr, die Energiewende in Gesetzesform zu gießen.**

Die Abkehr von der Atompolitik ist gut und richtig. Das jetzt aber ein ganzes Gesetzespaket in drei Wochen durchgepeitscht werden soll, halte ich für falsch. Das führt dazu, dass Fehler passieren und sorgt nicht für Transparenz. Ich habe den Eindruck, dass Frau Merkel das Thema schnell von der Tagesordnung haben will.

**Welche Fehler meinen Sie?**

Wir müssen zum Beispiel aufpassen, dass die Kosten nicht allein auf die Bürger abgewälzt werden oder der Preis für Energie sogar über Gebühr steigt. Und auch die energieintensiven Betriebe dürfen nicht grenzenlos belastet werden, wir wollen schließlich Industriestandort bleiben. Es wäre zum Beispiel sinnvoll, eine Beobachtungskommission für den Strompreis zu installieren.

**Welche Folgen sehen sie für den Industriestandort NRW?**

Ich sehe mehr Chancen als Risiken und glaube, dass der Atomausstieg uns mehr Arbeitsplätze bringen wird. Für uns Gewerkschaften ist es aber wichtig, dass es sich dabei um gute Arbeit, also Arbeit zu vernünftigen Bedingungen, handelt. Darauf werden wir achten. Auch die Energiekonzerne scheinen die Energiewende zunehmend als Chance zu begreifen. Nehmen Sie die Podiumsveranstaltung des Initiativkreises Ruhrgebiet am Montag auf Zeche Zollverein. Wenn ein Unternehmen wie Evonik ankündigt, dass es sich bei der CO<sub>2</sub>-Forschung mit einem Zentrum in Bottrop engagieren will, dann finde ich das sehr gut. Wo wir aufpassen müssen ist, dass wir als Standort für Energieerzeugung nicht nachlassen. Es war in der Geschichte immer so, dass die Industrie dorthin gegangen ist, wo die Energiequellen waren. Also müssen wir in NRW die Entwicklung vorantreiben und Vorreiter bei den erneuerbaren Energien werden. Da ist der Windenergieerlass ein wichtiger Punkt. Wir haben hier bei uns auch enormes Know-how beim Thema Sonnenenergie. Diesen Vorsprung gilt es auszubauen.



## Diebe klauen Metall von der Deutschen Bahn

**Hamburg.** Die Deutsche Bahn hat ein Problem: Immer wieder werden Eisen und Metalle von Gleisen und Kabeln gestohlen. Im vergangenen Jahr zählte das Unternehmen 2700 solcher Fälle, in diesem Jahr waren es schon 1400.

Der Grund dafür sind die stark gestiegenen Rohstoffpreise. Das heißt, man bekommt heute für Metalle viel mehr Geld, als noch vor einigen Jahren. Das macht das Material für Diebe so wertvoll.

Ein Beispiel: Kostete eine Tonne Kupfer vor einigen Jahren noch knapp 3000 Dollar (etwa 2116 Euro), liegt der Preis heute bereits bei über 10000 Dollar (etwa 7056 Euro). „Die hohen Preise locken organisierte Banden, die ganze Kabelrollen oder Schienenstränge verschieben, ebenso an wie Einzeltäter, die ein paar Kilo Stahl im Rucksack mitgehen lassen“, sagte der Leiter der Sicherheitsabteilung der Bahn, Gerd Neubeck.

Am meisten geklaut wird in Ostdeutschland. Aber auch in unserer Region – rund um Dortmund werden viele Metalle und Eisen gestohlen. **dapd**

kinder@westfaelische-rundschau.de

## Athen schuldet NRW 220 Millionen

**Düsseldorf.** Eine Staatspleite Griechenlands würde NRW viel Geld kosten. Das Land hält Schuldtitel aus Athen im Wert von 220 Millionen Euro, wie ein Sprecher des Finanzministeriums erklärte. Die Papiere seien Teil der Versorgungsrücklage für Beamtenpensionen, in der 3,4 Milliarden Euro angelegt seien. Diese seien 2004 und 2005 erworben worden, also lange vor Ausbruch der Staatsschuldenkrise. NRW ist mit Abstand am stärksten in Griechenland engagiert. Nur Baden-Württemberg hält noch griechische Schuldtitel, allerdings nur über zehn Millionen Euro. **dapd**

## IN KÜRZE

**Daimler.** Der Daimler-Konzern hat eine Abspaltung seiner Nutzfahrzeugsparte abgeschlossen. „Dieses Management steht für einen Daimler und nicht zwei“, sagte Daimler-Finanzvorstand Bodo Ueber der „Börsen-Zeitung“. Auch ein Verkauf der japanische Tochter Fuso stehe nicht zur Debatte.

**Boeing.** Seine Deutschland-Premiere hat das neue Boeing-Longstreckenflugzeug 787 „Dreamliner“ gefeiert. Am Samstag setzte es auf dem Flughafen Berlin-Tegel auf.

**Prada.** Der italienische Luxuskonzern ist erfolgreich an der Börse in Hongkong gestartet. Zuvor musste jedoch der Ausgabepreis gesenkt werden.

wirtschaft@westfaelische-rundschau.de

Nur wenige Energieversorger gewähren Bedürftigen günstigere Preise – Bei Rewirpower gibt es immerhin einen Kinderbonus

## Sozialtarife beim Strom bleiben eine große Ausnahme

Gerd Heidecke

**Essen.** Sozial Schwache haben oft überdurchschnittlich hohe Stromkosten, weil sie sich energiesparende Haushaltsgeräte nicht leisten können. Doch Sozialtarife für Energie bleiben die große Ausnahme.

Unter den Branchenriesen bietet nur Eon einen solchen Tarif an, in NRW aber nur in Randbereichen. Hier gibt es nun vereinzelt Vergünstigungen für Bedürftige. Eon ge-

währt Kunden, die von den Rundfunkgebühren befreit sind und bei denen ein Kind zwischen zwei und sechs Jahren im Haushalt lebt, beim sogenannten „Förderstrom“ den Grundpreis. Der beträgt je nach Region zwischen 83 und 100 Euro im Jahr. Laut Gebühreneinzugszentrale waren zuletzt 3,16 Millionen Personen von der Rundfunkgebühr befreit, über Zweidrittel aus finanziellen Gründen. Von Sozialtarifen bei Eon, die der

Energiekonzern seit 2006 auf ein Jahr befristet anbietet, profitierten bisher rund 50 000 Stromkunden – ein Kleinkind im Haushalt aber war nicht Bedingung. Seit einer Neuregelung im April 2011 sind es laut Eon rund 1000 Kunden, die den Sozialtarif erhielten.

Beim Essener RWE-Konzern hält man Sozialtarife für den falschen Weg. Sie seien kein Anreiz zum Energiesparen, sagt ein Sprecher. Besser sei es, zu Einsparungen zu ani-

mieren. Auch bei Vattenfall und EnBW kommt man bislang nicht über Modellversuche zur Energieberatung für finanziell Schwache hinaus.

In den Städten sieht es ähnlich aus. Fast alle Stadtwerke im Verbreitungsgebiet dieser Zeitung halten keine Angebote für sozial Schwache bereit, mit wenigen Ausnahmen. Eine kostenlose Energieberatung bezahlen die Stadtwerke Herten für Bedürftige. Auch in Düsseldorf gibt es die 75 Euro

teure Beratung für Hartz-IV-Empfänger gratis. In Hagen werden vom regionalen Versorger Mark-E in Kooperation mit der Caritas Stromsparhelfer in bedürftige Haushalte geschickt. Einzigartig ist der Kinderbonus von Rewirpower in Bochum, Herne und Witten. Für jedes im Haushalt lebende Kind sinkt der Kilowattstundenpreis um ein Prozent. Voraussetzung ist, dass für jeden der Sprösslinge Kindergeld bezogen wird.